

Frank Bliss

Schulspeisung als Kernbeitrag zur Sozialen Sicherung

Analysen und Empfehlungen



BIBLIOGRAPHISCHE ANGABE:

Bliss, Frank (2024): Schulspeisung als Kernbeitrag zur Sozialen Sicherung. Analysen und Empfehlungen, Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen (AVE-Studie 37/2024, Wege aus Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit). DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/81820>

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz. Die Lizenzbedingungen sind online verfügbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Impressum

Herausgeber:

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Universität Duisburg-Essen

Logo design: Carola Vogel
Cover design: Katrin Kämpf

© Institut für Entwicklung und Frieden

Lotharstr. 53 D - 47057 Duisburg
Phone +49 (203) 379 4420 Fax +49 (203) 379 4425
E-Mail: inef-sek@uni-due.de
Homepage: <https://uni-due.de/inef>

ISSN 2511-5111



Frank Bliss

Schulspeisung als Kernbeitrag zur Sozialen Sicherheit

Analysen und Empfehlungen

AVE-Studie 37/2024

Wege aus Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit

Universität Duisburg-Essen
University of Duisburg-Essen

Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)
Institute for Development and Peace

AUTOR:

Dr. phil. Frank Bliss, Prof. für Ethnologie (Entwicklungsethnologie) an der Universität Hamburg und Kooperationspartner des INEF, Universität Duisburg-Essen. Forschungsarbeiten u.a. in Ägypten, im Maghreb, dem Sudan und anderen Sahelländern sowie in Zentralasien. Als Consultant vor allem im Wasserbereich, bei der Umsetzung von Social Safeguards in Infrastrukturprojekten sowie in der Politikberatung tätig.

E-Mail: bliss_consult@t-online.de

Projekthomepage: https://www.uni-due.de/inef/projekt_ave.php

© Umschlagfoto und alle weiteren Abbildungen von Frank Bliss

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Rahmen der Sonderinitiative „Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme“ finanziert.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	6
1. Einführung.....	8
2. Kurzer Abriss von Geschichte und Zielen der Schulspeisung	11
3. Ergebnisse von drei Fallstudien: Äthiopien, Benin und Kambodscha...	13
4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit.....	17
4.1 Voraussetzungen für nachhaltige Schulspeisungsmodelle	17
4.2 Lokale versus hybride und zentrale Beschaffung	18
4.3 Verantwortlichkeiten, Verpflichtungen und Unterstützungsmechanismen.....	20
4.4 Die Organisation der Schulspeisung	21
4.4.1 Die Speisen in der Schule und ihre Quellen	21
4.4.2 Finanzielle Eigenbeteiligung der Familien	23
4.4.3 Begleitung der Implementierung.....	24
4.5 Probleme und Lösungen bei lokaler Beschaffung.....	25
4.6 Gendergerechtigkeit und Schulspeisung.....	26
4.7 Energie für Schulküchen und Verfügbarkeit von Trinkwasser.....	28
4.7.1 Das Energieproblem nachhaltig angehen	28
4.7.2 Die (erweiterte) Wasserfrage lösen.....	29
Literaturverzeichnis	31

Abkürzungsverzeichnis

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BNE	Bruttonationaleinkommen
ENP	Expanded Nutrition Programme
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
FCFA	Franc de la Communauté Financière d'Afrique
hh	Haushalt/e
HDI	Human Development Index
I-NRO	Internationale Nichtregierungsorganisation/en
ILO	International Labour Organization
l	Liter
M+E	Monitoring und Evaluation
NRO	Nichtregierungsorganisation/en
p.c.	pro Kopf
p.d.	pro Tag
SMC	School Meals Coalition
SSp	Schulspeisung
TA	Technical Assistance
UNICEF	United Nations Children's Emergency Fund
US\$	In diesem Papier nicht genau zum Euro umzurechnen; Schwankung in etwa zwischen 1 US\$ = 0,9 und 1,0 Euro
WASH	Water, Sanitation, Health
WHO	World Health Organization
WFP	World Food Programme

Zusammenfassung

Schulspeisung (*school feeding*) gilt im internationalen Diskurs als ein zunehmend wichtiger Beitrag zur Sozialen Sicherung. Vor allem im Gefolge der COVID-19-Pandemie erwies sich die Schulspeisung als das vielleicht wichtigste Mittel, um viele Millionen Kinder aus armen und sehr armen Haushalten wieder zurück in die Schulen zu bringen. Spätestens mit der Gründung der „School Meals Coalition“ 2021, der derzeit fast 100 Staaten angehören, steht Schulspeisung auf der heutigen Agenda auch der meisten Staaten mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

In der Praxis zeigt sich allerdings, dass auf politische Deklarationen zwingend praktische Schritte zur Einführung einer flächendeckenden Umsetzung folgen müssen. Hierzu gehört die Unterstreichung der Selbstverpflichtung der Regierungen durch bindende gesetzliche Vorgaben und vor allem ein gesichertes, kontinuierlich ansteigendes Budget. Sehr arme Staaten, die sich den Wandel von isolierten Schulspeiseprojekten zu einem landesweiten Programm nicht sofort leisten können, bedürfen dabei der (befristeten) Geberunterstützung.

Diese setzt aber voraus, dass es eine mittelfristige Übernahmestrategie für die Schulspeisung durch die Regierung gibt und von Beginn an staatliche Strukturen vor allem auf der kommunalen Ebene aufgebaut oder bestehende gestärkt werden mit dem Ziel, in einigen Jahren zumindest die Beschaffung der benötigten Grundnahrungsmittel für alle Schulen in ihrem Verantwortungsbereich nachhaltig absichern zu können.

Als besonders wirkungsvoll hat sich im Vergleich der unterschiedlichen Beschaffungsansätze für die benötigten Nahrungsmittel gegenüber zentralem Ankauf die lokale Beschaffung (*home grown school feeding*) erwiesen. Da aus Kostengründen sowieso in den ärmeren Ländern angestrebt wird, die vom Staat von lokalen bäuerlichen Betrieben gekauften Grundnahrungsmittel durch freiwillige Beiträge (z.B. Gewürze, andere Saucenbestandteile, Obst) aus der jeweiligen Gemeinde zu ergänzen, profitieren hiervon vor allem lokale bäuerliche Betriebe und der Handel. Die lokale Beschaffung fördert zudem das Engagement und die Ownership der Gemeinde, wovon auch der Unterhalt der Schulen selbst profitiert.

Im Rahmen empirischer Studien des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen zur Schulspeisung im Primar- und Vorschulbereich Äthiopiens, Benins und Kambodschas wurde zwischen April und September 2023 die konkrete Umsetzung der jeweils landesweit im Aufbau befindlichen Schulspeisung anhand eines Samples von zusammen 56 Schulen untersucht. Insbesondere mit Blick auf die Nachhaltigkeit wurde dabei festgestellt, dass die Beauftragung von NROs zur Vereinfachung der Etablierung von Schulkantinen nur befristet erfolgen sollte. Um die Fortsetzung der Programme nach Abzug der Geber (und der NROs) zu garantieren, müssten die vorhandenen staatlichen Institutionen sehr früh auf die Übernahme der Endverantwortung für die Versorgung mit Lebensmitteln vorbereitet werden.

Beim Aufbau einer Schulkantine sollte die hinreichende Wasserversorgung der Schulen zwingend eingeplant und eine umweltverträgliche Energieversorgung der Küche gesichert werden. Funktionale Küchen, Speiseräumlichkeiten, Möglichkeiten zum Händewaschen und andere sanitäre Anlagen sind unter Beteiligung der Schulleitungen, Köch*innen wie auch der Eltern und möglicher Unterstützungskomitees zu planen. Sie sind – wie eine faire Entlohnung des Küchenpersonals – konstituierende Elemente einer nachhaltigen Versorgung der Schüler*innen mit einem warmen Essen am Tag.

Projekthintergrund

Angesichts der Tatsache, dass die Zahl der extrem armen Menschen in vielen Entwicklungsländern trotz vielfacher Bemühungen nicht rückläufig ist, führte das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen ab 2015 ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Wege aus Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit“ (AVE) durch.

Ziel des Projektes war es, Empfehlungen für die deutsche staatliche Entwicklungszusammenarbeit (EZ) hinsichtlich der besseren Erreichbarkeit von armen, vulnerablen und ernährungsunsicheren Bevölkerungsgruppen und der nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebenssituation zu entwickeln.

Der Fokus der zweiten Phase unserer Forschung (2020 bis 2023) lag auf der Untersuchung von Projekten, die schwerpunktmäßig vor allem innerhalb folgender Themenbereiche arbeiten: (i) Agrarfinanzierung, (ii) Sozialunternehmen und (iii) Schulspeisung als Maßnahme der sozialen Sicherung. Als übergreifende Querschnittsthemen wurden soziokulturelle Aspekte von Entwicklung, Partizipation und Gender stets mitberücksichtigt. In den Fokusländern Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Kambodscha, Kenia, Mali, Sambia, Uganda und Usbekistan wurden zu den genannten Schwerpunktthemen sogenannte *Good Practice*-Vorhaben identifiziert und in einem zweiten Schritt vor Ort auf ihre Wirksamkeit hin untersucht.

Basierend auf unseren Feldforschungen und Recherchen der vergangenen Jahre befasst sich der vorliegende Beitrag mit der Umsetzung von Beiträgen zur Schulspeisung. Dabei geht es einerseits um die Wirkungen des Angebots einer Mahlzeit am Tag auf die beteiligten Schüler*innen, andererseits aber auch um die breiteren Wirkungen lokaler, zumindest aber hybrider Beschaffung der Nahrungsmittel auf die Landwirtschaft und den Handel im Schulumfeld wie auch soziale Wirkungen auf die Schulgemeinschaft bzw. alle beteiligten Gruppen von Stakeholdern.

1. Einführung

Die Schulspeisung (*school feeding*), bei der Kinder zumindest in den Grundschulklassen täglich eine warme Mahlzeit vor oder während des Schulunterrichts erhalten sollen, wird weltweit spätestens seit der COVID-19-Pandemie als Kernbeitrag zur Sozialen Sicherung (*social protection*) angesehen. Innerhalb dieser gehört sie in den ärmeren Ländern zur Sozialhilfe (*social assistance*), wo sie vor allem als Beitrag zur Armutsminderung und Ernährungssicherung konzipiert ist.

Die Tatsache, dass Schulspeisung allen Schüler*innen (also auch den Kindern aus wohlhabenden Familien) kostenfrei oder zumindest allenfalls gegen geringe (oft freiwillige) Eigenleistung zugänglich gemacht wird, ändert an ihrer primär armutsmindernden Zielsetzung nichts. Durch die unterschiedslose Einbeziehung aller Schulkinder soll eine Diskriminierung von Kindern aus ärmeren Familien verhindert werden.

Die Politik der 2021 gegründeten „School Meals Coalition“ (SMC) und ihrer Mitgliedsländer möchte helfen, die zuvor in vielen Ländern nur im Rahmen von (zeitlich oft befristeten) Projekten betriebene Schulspeisung auf Dauer und möglichst flächendeckend einzurichten und nicht nur zur Aufarbeitung der Schäden beitragen, die die Pandemie in den Bildungssystemen der Welt und ganz besonders den ärmeren Staaten verursacht hat. Deshalb bemüht sich die SMC vorrangig um Beiträge zu deren Nachhaltigkeit in allen Ländern, unabhängig von deren sozio-ökonomischer Situation.

Box 1: Corona und die School Meals Coalition

Während der COVID-19-Pandemie mussten hunderte Millionen von Kindern und Jugendlichen über viele Monate dem Schulunterricht fernbleiben, weswegen viele Regierungen begannen, auch für den Bildungsbereich nach Lösungen zu suchen, um einen allgemeinen Dropout vor allem von Schüler*innen aus ärmeren Haushalten zu unterbinden. Schließlich bestand die Gefahr, dass in jenen Ländern mit niedrigem Einkommen, wo schon die Schulbesuchsrate unbefriedigend war, viele Schüler*innen nach den Unterbrechungen nicht wieder in die Schule zurückkehren würden. Die Einführung bzw. deutliche Ausweitung der Schulspeisung erwies sich angesichts der Problemlage als ein effektives und kostengünstiges System, um vor allem Kindern aus vulnerablen Haushalten durch ein nahrhaftes Essen am Tag beim weiteren Schulbesuch zu unterstützen.

In Erkenntnis der wichtigen Bedeutung der Schulspeisung begründete eine Staaten-Gruppe im Kontext des Welternährungsgipfels 2021 die Schul-Speisungs-Koalition (School Meals Coalition, SMC). Zwischenzeitlich sind es 95 Staaten sowie 115 Partner aus Zivilgesellschaft und staatlichen bzw. halbstaatlichen Institutionen, die die Regierungen bei ihrem Vorhaben der Förderung der Schulspeisung unterstützen wollen. Hierzu gehören neben der Weltbank oder der Islamischen Entwicklungsbank auch Organisationen wie der WWF oder die Verwaltung der äthiopischen Hauptstadt Addis Ababa. Koordiniert wird die SMC durch ein Sekretariat innerhalb der Struktur des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (World Food Programme, WFP).

Unter den beteiligten Staaten der SMC befinden sich sowohl einige der reichsten Länder der Erde, zahlreiche Schwellenländer, wie auch extrem arme Staaten wie der Niger und die Republik Süd-Sudan. Ein Fokus liegt auf Afrika, wo bereits ein „Afrikanischer Tag der Schulspeisung“ ausgerufen wurde und sich neben der Afrikanischen Union vor allem die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS besonders engagiert.

Die SMC will im Kontext der Schulspeisung vor allem auch die lokale Landwirtschaft und Agrarmärkte unterstützen und gleichzeitig helfen, die gesundheitliche Situation, die Ernährungsbedingungen, die Bildungssysteme und die lokalen Gemeinschaften allgemein resilienter gegen die Folgen des Klimawandels zu machen. Dabei soll sich Schulspeisung vor allem bei der lokalen Beschaffung auf landwirtschaftliche Familienbetriebe und örtliche Lieferant*innen von Lebensmitteln stützen, was zu einer nachhaltigeren Bereitstellung von Nahrungsmitteln führen und durch zusätzliche Beschäftigung die Wirtschaft allgemein ankurbeln kann.

Quelle: School Meals Coalition o. J.

Dieses Analyse- und Strategiepapier soll staatlichen und nicht-staatlichen Entwicklungsorganisationen Anregungen für die Zusammenarbeit mit Partnerländern beim Aufbau von nachhaltigen und an den jeweiligen Länderkontext angepassten Schulspeisungssystemen geben. Dabei steht die Schulspeisung in Ländern mit niedrigem und (unterem) mittlerem Einkommen im Fokus.

Grundlage für die Ausarbeitung ist die mehrjährige Beschäftigung eines Forschungsteams u.a. mit der Schulspeisung im Kontext des 2015 begonnenen Forschungsvorhabens „Wege aus (extremer) Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit“. Das Projekt wird vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) in enger Kooperation und mit Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt. In den Jahren 2022 und 2023 ist die Schulspeisung dabei ein ausdrücklicher Schwerpunkt der Forschung gewesen.

Neben einer allgemeinen Sekundäranalyse zur Praxis der Schulspeisung stehen vor allem drei Fallbeispiele in den beiden afrikanischen Ländern Äthiopien und Benin sowie dem südostasiatischen Kambodscha im Fokus der Untersuchungen.

Die 2023 vor Ort durchgeführten drei Untersuchungen umfassten 28 Schulen in Kambodscha, wobei Schulen in fünf Provinzen mit unterschiedlichen Ansätzen der Beschaffung einbezogen wurden. In Benin wurden 16 Schulen in insgesamt sieben *Départements* in unterschiedlichen ökologischen Zonen des Landes berücksichtigt und in Äthiopien zehn Schulen, davon eine im Umland von Addis Ababa, vier im wichtigen Bundesstaat Oromia und fünf im kleineren Sidama. Bei allen Studien wurde mit Vertreter*innen der federführenden Ministerien auf Staats- und ggf. Regionalebene sowie deren Abteilungen in den Provinzen und Distrikten gesprochen. Immer wurde das WFP in die Untersuchung einbezogen, dabei in Äthiopien nur auf Basis eines allgemeinen Austausches, während in Benin eine enge Zusammenarbeit bei der Auswahl der Standorte der besuchten Schulen stattfand und in Kambodscha wie auch in Benin die Befragungen

Abb. 1: Sitzung der Exekutivgruppe der SMC am 30.11.2023 in Rom.



teilweise auch unter direkter Beteiligung von WFP-Vertreter*innen vor Ort durchgeführt wurden.

Die Schulen für die Untersuchung in allen Ländern sollten sowohl positive Beispiele liefern wie auch Probleme sichtbar machen können. Einige Schulen sollten Zentren-nah liegen, andere explizit sich in verkehrsmäßig nur schlecht erreichbaren Gebieten befinden.

An den Schulstandorten fanden stets Gespräche mit den lokalen Behörden und ggf. Dorfchefs statt, immer auch mit den Schulleitungen sowie den Vertreter*innen der verschiedenen um das Schulleben herum angesiedelten Akteur*innen: allen voran die Schulkinder, ihre Eltern sowie Lehrkräfte, ferner die für die Lagerung der Lebensmittel zuständigen Lagerverwalter*innen, die Fördervereinigungen für die Schulen und nicht zuletzt die Köchinnen und (seltener) die Köche.

2. Kurzer Abriss von Geschichte und Zielen der Schulspeisung

Die Anfänge systematischer Schulspeisung in öffentlichen Schulen gehen, von einzelnen historischen Beispielen abgesehen, in das späte 19. Jahrhundert zurück. So sollte bereits damals z.B. in den USA oder im Vereinigten Königreich Kindern aus ärmeren Haushalten der Schulbesuch erleichtert werden. „Erleichtern“ bedeutete in jener Zeit vor allem, die weit verbreitete Unterernährung vieler Kinder, die ihren Lernerfolg in der Schule zunichte zu machen drohte, zu reduzieren. Obwohl in beiden Ländern insbesondere in Folge des II. Weltkrieges zwischen 1941 und 1943 auch Massenprogramme aufgelegt wurden, beruhten bis in die Nachkriegszeit viele Maßnahmen zumeist auf Freiwilligkeit der beteiligten Kommunen.¹

Mit Blick auf die sog. Entwicklungsländer beginnt die Geschichte der Schulspeisung schon 1955 in Brasilien. Zunächst ging es um die Kinder der ärmsten Haushalte. Mit der Zeit wurden die Programme immer mehr ausgeweitet, bis durch das Gesetz zur Schulspeisung 2009 (Law No. 11.947) schließlich alle Schüler*innen in öffentlichen Schulen bedacht werden sollten. Rund 44 Millionen Kinder und Jugendliche sollten auf diese Weise zumindest einen Teil des täglichen Nahrungsbedarfs kostenfrei erhalten. Zudem wurde durch das Gesetz festgelegt, dass mindestens 30% der verfügbaren finanziellen Mittel zum Kauf von Nahrungsmitteln von bäuerlichen Familienbetrieben (*family farming*) verwendet werden (vgl. Da Selva et al. 2022).

Auch im unabhängigen Indien (nachdem schon in britischer Kolonialzeit in einigen Schulen ab 1925 Essen bereitgestellt worden war) begann die Geschichte der Schulspeisung bereits 1955. In den Jahren 1958/1959 wurde mit dem „Expanded Nutrition Programme“ (ENP) mit Unterstützung durch FAO, WHO sowie UNICEF sowie mit substanziellen indischen Eigenmitteln die Schulspeisung massiv ausgeweitet und mündete schließlich 1995 im landesweiten „Applied Nutrition Programme“ (vgl. WFP 2007). Seitdem wurde trotz erheblicher Schwierigkeiten und auch Rückschlägen durch Interventionen des High Court die Schulspeisung mehr oder weniger flächendeckend umgesetzt.

In ähnlicher Weise wurde spätestens in den 1970er Jahren auch in zahlreichen anderen Staaten die Schulspeisung als Beitrag zur Einschulung insbesondere von Kindern aus armen Regionen der Länder bzw. armen Familien eingeführt. In den Folgedekaden blieb aber vielfach Schulspeisung projektbezogen und folglich eine Insellösung, die weniger von den Staaten selbst, als vielmehr von der internationalen Gebergemeinschaft finanziert und teilweise auch unabhängig von staatlichen Strukturen implementiert wurde. Eine Diskussion um nationale oder gar lokale Beschaffung spielte dabei nur in einigen Kontexten eine Rolle. Dabei ging es z.B. um die Frage der Lieferung von Grundnahrungsmitteln aus US-amerikanischer oder europäischer Überschussproduktion, die weder die landesspezifischen Speisesitten beachteten noch berücksichtigten, dass durch die in großem Umfang geschenkten Nahrungsmittel die nationalen Märkte durcheinandergebracht und sogar kaputtgemacht wurden.

Zudem sollte es bis zur COVID-19-Pandemie 2020 dauern, bis auch die meisten ärmeren Staaten sich wenigstens deklaratorisch zur Einführung von einer allgemeinen Schulspeisung

¹ Vgl. zu den Anfängen der Schulspeisung Ariès 1975 und Bryant 1912; zu den USA Avey (2015) und The Food Historian (2022), zum Vereinigten Königreich Finch (2019). An dieser Stelle sei angemerkt, dass in diesem Synthese- und Empfehlungspapier in der Folge weitestgehend auf Quellenangaben verzichtet wird. Die angefügte Literaturliste führt allerdings eine Reihe von zumeist aktuellen Quellen auf, die den Zugang zu der Thematik erleichtern sollen.

zumindest in den öffentlichen Grundschulen bekannten. Denn allein auf dem afrikanischen Kontinent mussten während und wegen der Pandemie rund 50 Millionen Schüler*innen ihren Schulbesuch mehr oder weniger lange unterbrechen, wobei eine Vielzahl dieser Kinder unter dem Druck der Familien nicht wieder zurück in die Schule durfte.

Für extrem arme Familien erwies sich auch die Schulspeisung als ein wichtiges Argument für die Eltern, ihre Kinder doch wieder zur Schule zu schicken. Wie sehr der Schulbesuch bei den Ärmsten tatsächlich vom Essen in der Schule abhängt, ließ sich in Sidama (Äthiopien) beobachten, wo während einer Unterbrechung der Schulspeisung von lediglich gut drei Wochen im Frühjahr 2023 wieder bis zu 25% der Schüler*innen dem Unterricht fernblieben (um nach Wiederaufnahme der Schulspeisung jedoch zurückkehren zu können).

Viele Geber wie auch eine beträchtliche Zahl der unterstützten Länder selbst vertreten die Überzeugung, dass die Schulspeisung zunehmend in die Verantwortung der Länder übergehen muss, um nachhaltig und nicht von externer Finanzierung abhängig sein zu können. In diesem Zusammenhang wird u.a. vom WFP auf den Widerspruch zwischen den beachtlichen Ausgaben auch ärmerer Staaten für Bildung einerseits und den geringen Ausgaben für die gesundheitliche Unterstützung von Kindern hingewiesen, die ihnen den Schulbesuch ermöglicht. Während 2020 für die Grundbildung immerhin weltweit 210 Mrd. US\$ investiert worden wären, hätte man gerade einmal zwischen 1,4 und 5,5 Mrd. US\$ dafür investiert, dass die Kinder gesund genug für den Schulbesuch sein könnten. Dies sei eine Investition in den Lernprozess gewesen, aber nicht in die Lernenden selbst: „Very simply: sick children cannot attend school and hungry children cannot learn“ (WFP 2020: 4).

Eine realistische Einschätzung, die vom WFP geteilt wird, geht davon aus, dass eine Reihe Länder eine Zeitlang weiterhin bei der Organisation und Finanzierung der Schulspeisung unterstützt werden müssen. In etwa 30 Staaten unter Krisenbedingungen wären allein 40 Millionen Kinder auf Schulspeisung angewiesen. In 20 besonders armen Ländern, wo die finanziellen Mittel nicht ausreichen würden, seien es weitere 20 Millionen Kinder. Aber auch in Staaten mit mittlerem Einkommen sieht das WFP einen Unterstützungsbedarf für mehrere Millionen Kinder.

Dabei geht die Zielperspektive des WFP über das Wohl der Kinder und ihrer Familien hinaus. Würden z.B. die 25 ärmeren Länder Afrikas mit den niedrigsten HDI-Werten nicht in eine gesunde Ernährung ihrer Kinder investieren, also eine wohlernährte, gesunde und gut ausgebildete Bevölkerung heranziehen, so würden sie dadurch langfristig 50 bis 70% ihres wirtschaftlichen Potentials verlieren. Würden die Zielwerte (*benchmarks*) für Gesundheit und Bildung dagegen erreicht, könnte das BNE zweieinhalb Mal so hoch werden.²

² Bei einer Tagung von BMZ und WFP im November 2023 in Rom wurde auch mehrfach die wirtschaftliche Rentabilität der Schulspeisung angesprochen. So betrage sie beispielsweise das Sieben- bzw. Neunfache von Investitionen. Eine neuere Studie von Verguet et al. nennt noch positivere absolute Zahlen: „Across the 14 countries, we estimate that 190 million schoolchildren benefit from school feeding programs, with total program budgets reaching USD11 billion per year. Estimated annual human capital returns are USD180 billion: USD24 billion from health and nutrition gains, and USD156 billion from education. In addition, school feeding programs offer annual social protection benefits of USD7 billion and gains to local agricultural economies worth USD23 billion“ (2020: 1). Im Rahmen unserer Untersuchungen sind wir allerdings zögerlich, volkswirtschaftliche Rentabilitätsrechnungen aus dem Menschenrecht auf gesunde Ernährung und Ernährungssicherheit generell abzuleiten. Allerdings wurde uns in Kambodscha von Regierungsseite sehr deutlich gesagt, dass eine Effizienzrechnung beim Ringen um das Budget für die Schulspeisung von erheblicher Relevanz sei.

3. Ergebnisse von drei Fallstudien: Äthiopien, Benin und Kambodscha

Anhand der Fallbeispiele aus Äthiopien, Benin und Kambodscha wurde die Politik der Schulspeisung, vor allem aber ihre praktische Umsetzung unter Berücksichtigung aller lokalen Akteur*innen untersucht. Hierfür wurden in Äthiopien zehn, in Benin 16 und in Kambodscha 28 Schulen in unterschiedlichen Regionen des jeweiligen Landes besucht und Gespräche geführt. In den Hauptstädten sowie auf Ebene der Provinz- oder Distriktverwaltungen wurden zudem die Verantwortlichen für die nationalen Programme befragt. Die Ergebnisse wurden zum Teil bereits während der Missionen in den Ländern vorgestellt, spätere Kommentare der Partner (in Benin und Kambodscha das WFP, in Äthiopien die Zentralregierung sowie die Provinzregierungen von Oromia und Sidama) in die Schlussberichte eingearbeitet.

Von den drei Ländern ist *Kambodscha* – auch wegen seiner Position als Land mit niedrigem mittlerem Einkommen – am weitesten fortgeschritten in der Organisation der Schulspeisung, die bereits 2015 stark auf lokale Beschaffung setzte und zwischenzeitlich gesetzlich festgeschrieben wurde. Dabei ist allerdings ebenso in Äthiopien wie auch Benin ein sehr starkes politisches Commitment festzustellen. In *Benin* zeigt sich dies darin, dass es eine Beauftragte für SSp im Rang einer Abteilungsleiterin im Apparat des Präsidenten selbst (der *présidence*) gibt. In *Äthiopien* wurde im Bildungsministerium eine eigene Direktion für SSp geschaffen, ansonsten entstanden in der Verwaltung der Hauptstadt Addis Ababa sowie im Regierungsapparat des wichtigen Bundesstaates Oromia eigene Abteilungen für SSp.

Die Einführung der Schulspeisung hat in allen drei Ländern in etwa die gleiche Vorgeschichte, d.h. sie wurde – zunächst stark unter Regie von NROs – in besonders armen, von Dürre oder sonstigen Katastrophenereignissen betroffenen Gebieten in Ergänzung bzw. Fortführung von Nothilfe vor allem punktuell auf Distriktebene umgesetzt. Während bereits 2018 in *Kambodscha* konzeptionell an der Einführung eines nationalen SSp-Programms gearbeitet wurde, erfolgte der Schritt von SSp als Sammlung von Projekten zu einem flächendeckenden Ansatz zumindest im Grund- und Vorschulbereich in *Äthiopien* mit Ausnahme der Hauptstadt Addis Ababa erst im Zuge der COVID-19-Pandemie. Seit dem Schuljahr 2020/2021 haben die nationale Regierung wie auch die Regierungen der Bundesländer die Schulspeisung zu einer allgemeinen staatlichen Aufgabe erklärt und für alle Grundschulen in öffentlicher Hand eingeführt. Dabei kommt es z.B. in Addis Ababa zu einer im nationalen Vergleich sehr großzügigen Förderung aus dem hauptstädtischen Budget. Allein hier wird derzeit für 700.000 Schulkinder einmal am Tag eine warme Speise ausgegeben.

In *Benin* hat die SSp erst mit der Regierung unter Präsident Patrice Talon seit 2017 größere Priorität erlangen können. Am 20. Juli 2017 wurde unter dem Namen „Programme National d’Alimentation Scolaire Intégré“ (PNASI) die Versorgung aller Primarschulkinder in staatlichen Schulen zum erklärten Regierungsziel. Zwischenzeitlich konnten im Rahmen des PNASI in etwa 75% aller Grundschulen (bis Ende 2022 5.356 Schulen) „*cantines scolaires*“ etabliert werden. Damit erhalten seitdem rund 1,165 Millionen Kinder der Klassen 1 bis 6 einmal täglich eine Schulmahlzeit.

Die Schulspeisung mit lokaler Beschaffung begann im Rahmen der WFP-Unterstützung *Kambodschas* im Schuljahr 2016/2017, ganz vereinzelt auch früher. Damals erhielten über 1.220 Schulen mit grob geschätzt insgesamt 300.000 Vor- und Grundschüler*innen jeden Tag ein kostenfreies warmes Essen zu Beginn des Schultages. Für das Schuljahr 2022–2023 listet

das WFP 1.114 Schulen auf, die in Kambodscha im Rahmen staatlicher SSp-Programme Nahrungsmittel maßgeblich lokal beschaffen. Zum Zeitpunkt der INEF-Studie (August 2023) waren 534 Schulen in zehn Provinzen Kambodschas vollständig in den Ansatz ausschließlich lokaler Beschaffung einbezogen. Bis auf knapp 100 Geberfinanzierte SSp-Schulen erfolgt diese ausschließlich lokale Beschaffung

bisher nur in den von der Regierung finanzierten und durch die staatlichen Strukturen implementierten SSp-Schulen. Für die anderen ca. 580 Schulen wird derzeit noch ein sogenannter „hybrider“ Ansatz umgesetzt, bei dem nationale (auch auf z.T. gespendeten Nahrungsmittelimporten basierende) und lokale Beschaffung kombiniert sind. Aber auch hier soll schrittweise die Umstellung auf eine lokale Akquisition der Lebensmittel erfolgen.

Äthiopien, Benin und Kambodscha haben gemeinsam, dass die Infrastruktur für die Schulspeisung weiterhin sehr begrenzt ist. In ersteren beiden Ländern ist sogar die *Wasserversorgung*, eine elementare Grundbedingung für SSp, keineswegs gesichert, am wenigsten in Äthiopien, wo viele Schulen Wasser kanisterweise teuer kaufen müssen. Wo aber Wasser kaum zur Verfügung steht, ist der gesamte *WASH-Bereich* in Frage gestellt. Hier ist auch der Zustand der *Latrinen* besonders schlecht und jeder Liter Wasser zum *Händewaschen* muss, vor allem in Sidama, rationiert werden.

Ein generelles Problem in allen drei Ländern ist auch die *Energieversorgung* für die Küche. Von zwei mit Palmkernschalen befeuerten Herden (Benin) und weiteren, von uns aber nicht gesichteten Ausnahmen abgesehen, wird ausschließlich Brennholz zum Kochen verwendet, das in Kambodscha überwiegend für *energiesparende Herde* verwendet wird. In den anderen Ländern werden neben solchen verbesserten Herden weiterhin vielfach *traditionelle Dreisteine-Kochstellen* genutzt (Abb. 3). Letztere

Abb. 2: Kinder in einer Schule in Benin erhalten ihr Essen in selbst mitgebrachten Behältern.



Abb. 3: Weiterhin wird in dieser Schule in Benin der traditionelle Dreisteineherd verwendet, in diesem Fall, weil die Köch*innen mit verschiedenen Typen verbesserter Herde (foyers améliorés) nicht umgehen können.



werden auch deshalb verwendet, weil die „verbesserten“ Herde völlig dysfunktional sind oder ggf. nicht zu den Standardkochgefäßen passen. Auch wird mit den Köch*innen nicht hinreichend über die Energieverwendung gesprochen.

Nur in Äthiopien bestehen in diesem Zusammenhang größere Potentiale hinsichtlich eigener Brennholzproduktion, da die meisten Schulen über eigenes Land verfügen. Fast überall in ländlichen Schulen könnten indes Randzonen der Schulen mit *Bäumen* bepflanzt werden, die wie Akazien schnell wachsen und sich trotzdem gut als Feuerholz eignen.

Die *Nutzung von Biogas* im Schulkontext hat sich in Benin als wenig erfolgreich erwiesen. Hier fehlt einerseits die hinreichende Biomasse zum Betrieb der Gärkammern, zum anderen müsste ausgebildetes Personal zur Verfügung stehen, das zudem die Verantwortung für die Beschickung kontinuierlich übernehmen müsste. In Kambodscha, wo die Potentiale größer sind und Biogas bereits in Haushalten gelegentlich genutzt wird, ist die Idee der Biogasanlagen noch nicht intensiver verfolgt worden.

An dritter Stelle der Sorgenliste vieler Schulen in allen drei Ländern (am wenigsten in Kambodscha), wird das *Fehlen von Kantinengebäuden* angesprochen. Die Kinder sind deshalb gezwungen, in den Klassenräumen zu essen oder sich einen Essplatz selbst zu suchen, bei den Kleinsten z.B. auf Matten auf dem Fußboden vor den Klassenräumen. Auch sind die *Küchen* nicht überall zweckmäßig konstruiert worden. Zu offenen, d.h. dem Schlagregen ausgesetzte Küchen stehen in Benin z.B. Bauwerke gegenüber, die bei offenen Herdfeuern kaum Abzüge haben und wo die Köch*innen bei der Arbeit fast ersticken.

In allen Ländern stehen die *Schulleitungen* in der Hauptverantwortung für die Umsetzung der Schulspeisung. Sie werden dabei durch mehr oder weniger gut funktionierende Komitees unterstützt, in Kambodscha das *School Support Committee* oder in Benin die *Association Parents d'Elèves* bzw. für die praktische Arbeit das *Comité Cantine*. Lediglich in Kambodscha ist bisher die *lokale Verwaltung* intensiv in die SSp involviert.

Der *Betrieb von Schulgärten*, die regelmäßige *Beschaffung von Feuerholz*, Hilfsarbeiten aller Art und vor allem auch die *Einwerbung von Geld- und Sachspenden* obliegen vor allem den Unterstützerkomitees, die überwiegend engagiert arbeiten, aber in den zumeist sehr armen Gemeinden – bisher ja ein wichtiges Kriterium für die Auswahl der Schulen für die SSp – wenig wohlhabende Unterstützer*innen finden. Oft legen Lehrkräfte, die Schulleiter*innen, auch immer wieder der Dorfchef etwas zu, wenn sonst kein Geld für den Kauf von Brennholz oder die Zutaten für das Essen vorhanden wäre. Gerade in Benin leben viele Schulküchen bei allem, was über die allerdings gut organisierte Lieferung der Grundnahrungsmittel durch das WFP hinausgeht, sprichwörtlich von der Hand in den Mund.

In Äthiopien müssen die Schulen letztendlich sehen, wie sie organisatorisch zurechtkommen bei sehr guter Finanzierung durch den Staat in Addis Ababa, weiterhin Fremdfinanzierung u.a. über NROs in Sidama und eine Solidarorganisation in Oromia, die nationale Spenden sammelt. In allen Fällen müssen aber die Schulen sehen, wie sie aus Grundnahrungsmitteln ein akzeptables, nahrhaftes Schulessen hinbekommen. Dies erfolgt durch kleine *finanzielle Beiträge der Eltern*, die aber nicht verpflichtend sind. Sie betragen zumeist 25 bis 50 FCFA pro Essen (3,75 – 7,5 Cent) in Benin oder etwas über 80 Riel (ca. 2 Cent) in Kambodscha. In Äthiopien werden zumeist 100 – 200 Birr pro Schuljahr eingezogen, was grob gerechnet 0,75 – 1,5 Cent pro Schultag ausmacht.

Aus den Einnahmen bezahlen die Schulen in Benin und Äthiopien sowie in Kambodscha die weiterhin vom WFP unterstützten Schulen neben den *Speisezutaten* (d.h. den Ingredienzien für die Sauce) auch die „*Anerkennungsgelder*“ für die Köch*innen, welche an

den von uns besuchten Schulen höchstens bei 20 US\$ im Monat liegen, dies im Zweifelsfall für die Arbeit in Sechstageswochen und in Kambodscha Arbeitszeiten von zumeist 4.00 Uhr bis 7:00 oder 8:00 Uhr morgens. Nur in den vom Staat komplett übernommenen Schulen mit voller lokaler Beschaffung erhalten die Köchinnen und (hier auch) Köche derzeit 25, öfter auch 50 US\$ im Monat. Hier kommt das Geld ebenfalls vom Staat über die Kassen der Landgemeinden (*communes*).

4. Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

In diesem Kapitel werden wichtige Erkenntnisse aus den drei 2023 durchgeführten umfassenden Feldstudien vor dem Hintergrund unserer Sekundäranalyse wichtiger internationaler Beiträge zur Schulspeisung zusammengefasst und mit Empfehlungen (⇒ *markiert*) für die deutsche staatliche und nichtstaatliche EZ versehen. Eine wichtige Grundlage hierfür sind vor allem auch unsere ausführlichen Gespräche über grundsätzliche Fragen mit den Vertreter*innen der für die Schulspeisung verantwortlichen nationalen Behörden, des WFP sowie anderer involvierter Institutionen.

4.1 Voraussetzungen für nachhaltige Schulspeisungsmodelle

Während zahlreiche Staaten Schulspeisung als wichtigen Beitrag zur Sozialen Sicherung (*social security*) anerkannt haben, ist das tatsächliche Engagement bei ihrer Umsetzung extrem unterschiedlich. Zwischen Ländern wie Benin und Kambodscha einerseits und dem von der EZ besonders stark geförderten Malawi liegen Welten. Während erstere, wie z. B. auch Äthiopien und sogar das extrem arme Sierra Leone, begonnen haben, sich landesweit zu engagieren und aus kleinen isolierten Projekten in den letzten drei bis fünf Jahren heute mehr oder weniger flächendeckende Programme aufgelegt haben, die zu relevanten Teilen aus der Staatskasse finanziert werden, lesen sich zumindest für einige andere Staaten die entsprechenden (niedrigen!) Zahlen noch für das Schuljahr 2020/2021 wie eine Verhöhnung.

Für die Etablierung und Durchführung von Schulspeisungsprogrammen sind die Verabschiedung von Gesetzesgrundlagen und ihre Konkretisierung durch Erlasse besonders wichtig. Sie stellen zwar keine Garantie dafür dar, dass politische Deklarationen in konkreter Umsetzung münden, sind aber für die Nachhaltigkeit der Schulspeisung unabdingbare zentrale Voraussetzung.

Hierzu gehören auch gesetzesbasierte, feste Haushaltspositionen in den staatlichen Budgets und dies auf allen administrativen Ebenen, die in die Schulspeisung verantwortlich eingebunden sind. Diesbezüglich ist z.B. Kambodscha auf einem guten Wege, in Äthiopien bieten die Hauptstadt Addis Ababa und das Bundesland Oromia erfolgversprechende Ansätze, sie fehlen aber noch in anderen Bundesländern. In vielen Staaten mangelt es bisher an beidem, verbindlichen Gesetzen wie auch Budgets.

Ehrenamtliches Engagement hat vor allem in Afrika den Start der Schulspeisung erheblich beeinflusst bzw. erst ermöglicht. Ein nationales System kann aber nicht auf Dauer von der unentgeltlichen Arbeitskraft vor allem von Frauen als Köchinnen leben. Zumindest das Kernpersonal müsste auf staatliche Personalstellen gesetzt und Köch*innen sollten wenigstens auf Grundlage des nationalen Mindestlohns für gering qualifizierte Kräfte (als Untergrenze) bezahlt werden.

Fehlende finanzielle Mittel stellen selbst in Staaten mit niedrigem Einkommen kein überzeugendes Argument zum Verzicht auf die Bereitstellung eigener Gelder seitens der Staaten dar. In den meisten auch ärmeren Ländern besteht ein erheblicher fiskalischer Spielraum, er muss nur auf Einnahme- und Ausgabenseite genutzt werden, ggf. mit Druck von Geberseite.³ Allerdings, so auch ILO-Schlussfolgerungen, benötigen eine Reihe von extrem

³ Der Hinweis, dass sich die ärmeren Staaten keine substanziellen Beiträge zur Finanzierung sozialer Programme über Steuererhebungen leisten können (vgl. Evans et al. 2023), ist spätestens seit den

armen Ländern mit eingeschränkten Ressourcen eine Zeitlang Co-Finanzierungen und vor allem TA bei der Einrichtung an den jeweiligen Länderkontext angepasster Sozialer Sicherungssysteme.

Auch das Tabu, im Dialog mit den Regierungen die Einnahmeseite beiseitezulassen, sollte fallen. Staaten, die die Schulspeisung wirklich ernst nehmen, müssen auch dafür sorgen, dass z.B. Einkommen-, Gewerbe- und / oder Körperschaftssteuern gesetzlich vorgesehen und auch tatsächlich gezahlt werden. Schulspeisung als Grund für eine faire Besteuerung ist sogar ein besonders gut geeigneter Entry-Point für einen entsprechenden politischen Dialog mit den nationalen Finanzministerien.

⇒ Die Unterstützung von Schulspeisung in den Partnerländern sollte stets – über das politische Commitment der Regierungen hinaus – von der Bereitstellung substanzieller Eigenleistungen abhängig gemacht werden. Dabei sollte die Bereitschaft, die Eigenleistung kontinuierlich zu erhöhen, durch zusätzliche Finanzierungsbeiträge – ggf. auch für andere wichtige Bereiche der Sozialen Sicherung – unterstützt werden.

⇒ Wichtiges unterstützendes Moment für die Etablierung der Schulspeisung und ihrer finanziellen Ausstattung ist, relevante Regierungsmitglieder von ihrem breiten Nutzen zu überzeugen. Hierbei kann auch aufgezeigt werden, was gute Soziale Sicherungssysteme an ökonomischem Nutzen für das Land haben und für die Accountability der Regierung selbst bedeuten können.

⇒ Ethisch eher fraglich, aber ggf. notwendig wäre, die neunfache „Rückzahlung“ zu erwähnen, die manche Akteur*innen als Profit aus den Investitionen für die Schulspeisung errechnen wollen (zit. nach Gordon Brown, Ex-Premierminister, UK).⁴ Hinzu kommt die Chance, Schulspeisung mit funktionierender lokaler Beschaffung als Vorbild für die Nachfrage nach lokalen Agrarerzeugnissen aus „regenerativer, resilienter und nahrungssouveräner“ Produktion zu schaffen (wie in Kambodscha das „bio“ und „lokal“ als Beispiel für „gutes Essen“).

4.2 Lokale versus hybride und zentrale Beschaffung

Schulspeisung in Süd- und Südost-Asien, der MENA-Region und vor allem in Subsahara-Afrika begann zunächst vielfach in Form von Kleinprojekten Verbreitung zu finden, oft mit karitativem Hintergrund und zeitlich befristet. Nicht selten wurde dabei das Schulesen in Nothilfe- bzw. Ernährungssicherungsprojekte eingebunden oder in sie eingegliedert. In besonders von Armut oder besonderen Krisen betroffenen Gebieten wurden dabei – neben der Verteilung von Nahrungsmitteln an betroffene Teile der Bevölkerung – auch Schulen mit Nahrungsmitteln versorgt.

In großem Umfang handelte es sich dabei um Lebensmittelgeschenke in Form von Dosen Sardinen, Dosenkäse, Butterfett und Sojaöl, Weizenmehl usw., wobei die Rücksicht auf die regionalen und lokalen Ernährungsgewohnheiten keine große Beachtung fand. Zwischenzeitlich hat sich die Auswahl der gespendeten Grundnahrungsmittel stärker an den lokalen Bedarf angepasst, etwa erhält Kambodscha nunmehr aus den USA vor allem Reis, das nationale Grundnahrungsmittel, sowie Speiseöl (siehe Abb. 4). Aber auch dieser Ansatz wird zunehmend hinterfragt, da von importierten (geschenkten) Lebensmitteln keine lokalen

wichtigen ILO-Studien von 2014 zur Sozialen Sicherung auch empirisch widerlegt (ILO 2014a; vgl. auch ILO 2014b).

⁴ Oder bedeutend höhere Werte, vgl. Fußnote 2.

wirtschaftlichen Wirkungen ausgehen. Im Gegenteil schädigen sie in der Regel die lokalen Märkte.

Alternativen zu importierten und zentral verteilten Lebensmitteln für Schulspeisungsprogramme bestehen in der nationalen (d.h. im Land der Schulspeisung erfolgenden) Beschaffung mit weiterhin zentraler Verteilung und in der vorrangig lokalen Beschaffung, wobei es zwischen lokaler und nationaler Beschaffung fließende Übergänge gibt. Der internationale Trend – so auch im Rahmen der SMC – geht derzeit in Richtung der (primär) lokalen Beschaffung.

Abb. 4: Ein Schuppen an einer Schule in Kambodscha, in dem von der US-amerikanischen Landwirtschaftsbehörde (USDA) beigetragener Reis für das nationale Schulspeisungs-Programm gelagert wird.



Primär *lokale Beschaffung* umfasst mehrfache Möglichkeiten des Ankaufs von Lebensmitteln: Zum einen können alle Komponenten – in der Regel Grundnahrungsmittel wie Reis, Mais, Weizen, Bohnen usw., Frischwaren wie Fleisch, Gemüse, Fisch, Eier usw., dazu Salz und Speiseöl – nach Möglichkeit von lokalen Produzent*innen und Händler*innen aus dem Umfeld der

Schulen im jeweiligen Schulbezirk oder in der Gemeinde, die die Schulen beherbergt, angekauft werden (Beispiel Kambodscha). Vor allem Öl und Salz kommen dabei nicht zwangsläufig aus der engeren Umgebung, weil sie dort nicht produziert werden, sollten aber originär aus dem Land selbst sein.

In Ländern wie Benin und Äthiopien schließt die „lokale Beschaffung“ auch die landesweite, zumindest aber regionale Ausschreibung oder Verhandlung mit entsprechend beheimateten Händler*innen ein. Dies gilt auch bei Speiseöl für den nationalen Markt und sogar für Importe, da WFP zufolge die Qualität national produzierter Öle (bisher) nicht hinreichend gut sein soll.

In Kambodscha und in geringerem Umfang in Benin haben wir es auch mit *hybriden Systemen* zu tun, die exemplarisch für viele andere Länder stehen. In Kambodscha ist der Übergang zu Schulen mit hundertprozentig lokaler Beschaffung bereits weit fortgeschritten, in Benin steht sie am Anfang, indem das WFP darum bemüht ist, zentral beschafften Mais mehr und mehr von lokalen und regionalen Kooperativen aufzukaufen. Die vollständige lokale Beschaffung wird aber derzeit (noch) nicht angestrebt. Hybrid in Kambodscha bedeutet, dass die meisten weiterhin durch Geber finanzierten Schulen, deren Versorgung vom WFP gemanagt wird, aus den USA gespendeten Reis sowie Speiseöl gleichen Ursprungs erhalten. Die frischen Speisen wie Fleisch, Fisch und Gemüse werden indes ausschließlich lokal beschafft.

In Benin gehören zu Grundversorgung Mais oder Reis sowie in geringen Quantitäten Leguminosen (Linsen, Bohnen, Soja). Da Saucenzutaten nur in sehr kleinem Umfang aus den spärlich eingehenden Einnahmen der Schulen aus den Elterngeldern lokal eingekauft werden, handelt es sich vom tatsächlichen Wert der Lebensmittel her bisher folglich um eine **zentrale Beschaffung**. Diese hat sogar einen hohen Importanteil (so das gesamte Speiseöl, aus vor allem preislichen Gründen auch Reis), ist aber mit dem Bestreben verbunden, stärker auf lokale Produzent*innen zu setzen.

Ein strukturelles Problem der internationalen Unterstützung von Schulspeisung ist, dass einige Geber weiterhin (die USA z.B. hinsichtlich Speiseöl und Basisnahrung, Japan bezüglich Fischdosen) auf **Naturalien-Lieferungen** bestehen, die nur teilweise zur jeweiligen Ernährungstradition passen (Ölsardinen statt überall angebotenen Meer- Fluss- oder Zuchtfischen in Kambodscha). Dies reduziert den Wert des lokalen Anteils an der Beschaffung substanziell und damit auch die Breitenwirksamkeit der Schulspeisung über den reinen Ernährungssicherungseffekt hinaus.

⇒ *Entsprechend wird empfohlen, im Rahmen der Geberkoordination und u.a. im Rahmen der ‚School Meals Coalition‘ auch auf das Problem kulturell angepasster Nahrungsspenden stärker aufmerksam zu machen und – soweit in den Ländern lokale oder regionale Versorgungsquellen in hinreichendem Umfang gegeben sind – Geldmittel statt Naturalien bereitzustellen.*

⇒ *Generell sollte die Beschaffung der Lebensmittel für die Schulspeisung, soweit es vom Aufwand her und den Kosten vertretbar ist, lokal erfolgen. Lokal beschaffen muss dabei nicht zwangsläufig auch „lokal hergestellt“ bedeuten. Vor allem bei Gemüse besteht aber mittelfristig ein gewisser Spielraum zur Ergänzung, indem lokale Betriebe dazu ermutigt und unterstützt werden, ihre bisherige Produktion auszuweiten und / oder bisher nicht übliche Sorten in ihr Produktionssortiment aufzunehmen. Dabei sind die Standortbedingungen zu berücksichtigen, da nicht überall alles wächst und / oder aus ökologischen und ökonomischen Gründen, z.B. wegen des übermäßigen Wasserbedarfs, produziert werden sollte.*

4.3 Verantwortlichkeiten, Verpflichtungen und Unterstützungsmechanismen

Die Struktur von Schulspeisungsangeboten hängt stark von der Entscheidung über lokale oder zentrale Beschaffung ab. Mit Fokus auf eine vorrangig lokale Beschaffung als eindeutiges Zukunftsmodell hängt wiederum viel davon ab, dass es gelingt, neben den kommunalen Strukturen und den Vertretungen des federführenden Ministeriums vor alle die Schulleitungen zentral einzubinden und ihnen nicht nur Verantwortung, sondern auch Entscheidungskompetenz zuzumessen.

Schulleiter*innen tragen bisher sehr viel Verantwortung und investieren viel Zeit, auch außerhalb ihrer bisherigen Aufgaben, um bei sehr knappen Mitteln und zeitweise extrem schwierigen Bedingungen (z.B. Wasserversorgung, Energieproblematik) jeden Tag den Kindern ein (warmes) Essen servieren zu können. Daher sollten sie im dezentralen System – in enger Kooperation und unter Kontrolle der zuständigen Behörden bzw. Komitees – immer auch die Verantwortung für die Gesamtkoordination der Schulspeisung haben und damit auch über das in der jeweiligen Schule verfügbare Budget.

⇒ *Zusammen mit den Vertreter*innen der Eltern, den die Schulen unterstützenden Organisationen und den kommunalen Verwaltungen sollten sie auch weitgehende Entscheidungsbefugnis in Detailfragen haben.*

In zahlreichen Ländern wird die Schulspeisung auch von *traditionellen Autoritäten* unterstützt, was vor allem dort wichtig ist, wo besonders konservativ eingestellte Familien (vor allem Väter) zögern, ihre Kinder bzw. vor allem Mädchen zur Schule zu schicken. Ein „*chef de village*“ oder Clan-Ältester in Westafrika oder ein „*shekh al-qabila*“ im Jemen sind vielleicht die einzige Person, die es schaffen kann, ein zögerndes Elternpaar dazu zu bewegen, ihre Tochter zur Schule zu schicken oder sogar auf die weiterführende Schule gehen zu lassen.

⇒ *Wo immer dies möglich und sinnvoll ist, sollten daher ggf. noch stärker als bisher traditionelle Autoritäten als zentrale Stakeholder betrachtet und frühzeitig in Informations- und Entscheidungsprozesse wie auch Fortbildungsmaßnahmen einbezogen werden.*

Unsere drei Feldstudien haben gezeigt, dass die zuständigen *Mitarbeiter*innen der Schulverwaltungen* in den Provinzen und Schuldistrikten in sehr unterschiedlichem Umfang über Details der Schulspeisung informiert und fortgebildet sind, obwohl sie an erster Stelle Fragen aus den Schulen beantworten, Beschwerden entgegennehmen und anfallende Probleme lösen helfen sollen.

Hier besteht vor allem in Ländern mit schwachen bzw. bisher nicht involvierten kommunalen Strukturen Handlungsbedarf. Entweder erfolgt hier eine deutlich intensivere Aus- und Fortbildung auch in Detailfragen oder aber es werden gute Kommunikationswege zwischen den Schulen als Hauptakteuren der Schulspeisung und den Fachleuten in den Provinz- und Zentralverwaltungen etabliert, die für Fragen, Beschwerden und Problembehandlungen kurzfristig zur Verfügung stehen können.

Die *Einbeziehung des Schulumfeldes* – der dörflichen Bevölkerung, lokaler Autoritäten, „moderner“ Mandatsträger, von Geschäftsleuten, Selbsthilfegruppen, Frauenvereinigungen u.a. – kann für Einführung und vor allem Betrieb der Schulspeisung sehr förderlich sein. Beispiele zeigen, dass hier finanzielle Mittel, Arbeitsleistungen und politische Unterstützung (z.B. für die Finanzierung von Schulküchen und –kantinen) mobilisierbar sind.

Die vergleichbare Einbeziehung der weniger homogenen „Community“ im urbanen Kontext ist deutlich schwieriger als in Dörfern. Aber auch bestehende Quartierstrukturen können genutzt und Anwohner*innen motiviert werden, die durchaus attraktive Chance zu nutzen, zur Ernährungssicherung der eigenen Kinder beitragen zu können.

„Ich habe meinen *kuyun* [Anmerkung: Zweiachstraktor mit Anhänger] in Gang gesetzt und bin im Dorf herumgefahren, bis ich drei Ladungen Feuerholz für die Schule zusammenbekommen habe“ (ein Dorfchef im September 2023 im nördlichen Kambodscha).

„Aus unserem Dorf sind einige Leute im Ausland, sogar in Kanada. Dort hat man Geld gesammelt und uns 10.000 Dollar für die Schule geschickt. Das Geld nutzen wir für die Wasserversorgung und das Schulessen“ (Schulleiter im April 2023 aus dem Umland von Addis Ababa, Äthiopien).

4.4 Die Organisation der Schulspeisung

4.4.1 Die Speisen in der Schule und ihre Quellen

Die *Zusammensetzung der Gerichte* bei der Schulspeisung erfolgt höchst unterschiedlich. In Systemen mit nationaler Beschaffung orientiert sie sich oft, aber noch nicht immer, an den regionalen Speisepreferenzen und Angeboten an Lebensmitteln. Selbst bei favorisierter

lokaler Beschaffung gibt es teilweise standardisierte Vorgaben aus der Hauptstadt, etwa, was die Grundnahrungsmittel betrifft. Bestimmte Kombinationen – Reis mit bestimmten Bohnen oder Maisbrei mit anderen Hülsenfrüchten – mögen in einer Region gut ankommen, woanders aber schmeckt die Zusammenstellung den Kindern gar nicht oder ist zumindest sehr ungewohnt. Hier wäre ein Maximum an Flexibilität hilfreich, um Standards für eine gesunde Schulspeisung mit lokalen Essgewohnheiten zu kombinieren.

Selbst verbreitete Grundnahrungsmittel sind allerdings nicht zwingend auch ökologisch besonders angemessen, wenn etwa in Ostafrika bei vielen Haushalten ein Essen ohne Maisbrei nicht denkbar ist. Dabei belastet der Maisanbau die Böden stark. Wo es Alternativen gibt – wie etwa *Knollenfrüchte* – sollte für diese deshalb stärker in den Speiseplänen geworben werden.

Wo in West- und Zentralafrika Knollenfrüchte wie Kassava und Yams ein wichtiges Grundnahrungsmittel darstellen, bieten diese eine gute, ökologisch sinnvolle und breit akzeptierte Alternative für Weizen oder Mais. Sie erfreuen sich wegen der komplexeren Beschaffung allerdings noch keiner großen Beliebtheit bei den Verantwortlichen der Schulspeisung. Versuche, wie in Sierra Leone derzeit mit Süßkartoffeln, sollten daher besonders gefördert werden.

Der *Konsum von Fleisch* ist fast überall in den Mengen, wie sie derzeit bezahlbar sind, vertretbar. Es besteht zumindest zurzeit kein Anlass, nach Speisen mit weniger Fleisch und ggf. mehr Fisch aus nachhaltiger Zucht zu suchen und diese zu propagieren. Selbst Kambodscha ist kein Land, in dem von der Schulspeisung mit einmal 20g Fleisch in der Woche erhebliche CO₂-Belastungen ausgehen bzw. in naher Zukunft ausgehen werden.

Die geringfügigen Naturbelastungen werden mehr als aufgewogen durch die lokale Zunahme der Gemüseproduktion, die zudem sehr oft „biologisch“ betrieben wird. Dies erfolgt nicht nur deshalb, weil sich die kleinbäuerlichen Betriebe zumeist keine chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmittel leisten können, sondern auch wegen der zunehmenden Nachfrage seitens der Bevölkerung nach „gesundem Essen“.

Allerdings steht das Schulessen – insbesondere für Kinder aus bessergestellten Haushalten – in Konkurrenz mit *Junkfood*, also ungesunden Snacks (Abb. 5). In unseren drei Referenz-

Abb. 5: Kein gutes Beispiel ist die Häufung von gleich drei Läden mit Junkfood und vielen „Junk-Spielsachen“ in dieser Schule.



Abb. 6: Hier werden dagegen Snacks ausschließlich aus lokaler Produktion und Tradition angeboten.



ländern wird dieses nahezu überall vor, aber auch in den Schulen angeboten. Lediglich in Kambodscha ist dies explizit per Erlass auf dem Schulgelände verboten, woran sich aber oft nicht gehalten wird. Hier argumentieren die Schulleiter*innen, dass durch die Standgebühren Einnahmen erzielt würden, die wiederum in das Schulessen investiert würden.

Good Practices zum Schulverkauf kommen aber auch aus den gleichen Ländern. So dürften oft die schlecht bis gar nicht bezahlten Köch*innen zum Ausgleich Snacks vor oder in der Schule verkaufen. Diese müssen aber gesund sein, d.h. hergestellt nur aus lokalen Lebensmitteln ohne Farbstoffe und nur mit wenig Zucker. Dazu geben einige Schulen vor, dass Essen auch in traditioneller Weise (z.B. in Bananenblättern) verpackt sein muss (Abb. 6).

4.4.2 Finanzielle Eigenbeteiligung der Familien

Die *finanziellen Spielräume* für die Schulspeisung beeinflussen die Zusammensetzung der Menüs erheblich. Sehr oft stellt die Schulverwaltung eines Landes (mit und ohne Geberbeteiligung) nur die Grundnahrungsmittel für das Essen bereit und erwartet, dass weitere Zutaten (z.B. Sauce, Gemüse, Früchte) über lokale Beiträge finanziert werden. Hierdurch kommt es zu erheblichen qualitativen Unterschieden. Während im Umland von Addis Ababa in Äthiopien die Kinder das relativ teure Nationalgericht *Teff*-Pfannkuchen (Zwerghirse) bekommen – ergänzt durch Bohnensauce und Gemüse – erhalten die Schüler*innen im armen Sidama allenfalls ein paar Gramm Hülsenfrüchte und Speiseöl zum gekochten Mais- oder Weizengriesbrei. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus, je wohlhabender das Schulumfeld, desto reichhaltiger erfolgt die Zusammensetzung des Essens.

Dieser zum Teil sehr große Unterschied in der Qualität des Essens vor dem Hintergrund der Zahlungsbefähigung der Eltern sollte deshalb durch Mechanismen ausgeglichen werden, die es erlauben, auch in sehr armen Regionen qualitativ akzeptable und zugleich schmackhafte Speisen bereitzustellen. Eine *Good Practice*, die aber einer stabilen Basisfinanzierung bedarf, ist die äthiopische Selbsthilfeorganisation „Busa Gunafaa“ in Oromia,⁵ die in großem Umfang Spenden für die Schulspeisung sammelt und an Schulen in armen Zonen verteilt.

⇒ *In jedem Fall sollte in ärmeren Gebieten (was durchaus auch ärmere Viertel in sonst ökonomisch florierenden urbanen Zentren sein können) der Eigenbeitrag der Eltern genauestens durchdacht werden. Es gilt, ihn abzuwägen gegenüber dem Ziel, durch explizit „kostenfreies“ Essen arme Eltern dazu zu bewegen, ihre Kinder und vor allem auch alle Mädchen einzuschulen und zumindest bis zu einem ersten Abschluss oder, besser noch, auch danach auf der Schule zu belassen.*

Umgekehrt ist in der von uns überall beobachteten Praxis zum einen die Mobilisierung von Eigenmitteln für die *Ownership* der Schulspeisung in einem Dorf oder in einer *Commune* wichtig. Zum anderen würden die Kinder sonst ohne die zusätzlichen Gelder in vielen Schulen ein wenig geschmackvolles Essen bekommen.

Ebenfalls der *Ownership* wie auch der *Nachhaltigkeit des Betriebs der Schulküchen* dienen freiwillige (Arbeits-)Leistungen der Dorfgemeinschaft. Diese Beiträge, als Geld-, Sach- und / oder Arbeitsleistung müssen allerdings an die jeweiligen Bedürfnisse einer Schule angepasst werden. So macht es z.B. keinen Sinn, in Regionen, wo Familien zunehmend zu Hause Gas für die Küche verwenden, die Kinder wöchentlich ein Bündel Holz für die Küche mitbringen

⁵ Hierzu einige Informationen unter Bliss / Gutema (2023).

zu lassen. Hier müsste stattdessen Geld für den Ankauf mobilisiert werden (neben dem Einsatz verbesserter Herde, die bis zu 70% Energie einsparen können).

Die *Mitbestimmung der Eltern* ist bei den Festlegungen der Höhe und der Zahlungsbedingungen für die Eigenbeiträge wichtig. Nach unseren Untersuchungsergebnissen in drei Ländern zahlen nur zwischen 40 und über 90% der Eltern auch wirklich die in den Schulen zumeist von den Schulleitungen festgelegten Beiträge. Dies muss nicht immer eine prinzipielle Nichtverfügbarkeit des Geldes widerspiegeln. Oft ist dies das Ergebnis der Nichteinbeziehung der Eltern in Entscheidungen über Beiträge. Wenn klar ist, wofür das Geld genau verwendet wird, steigt nachweislich die Bereitschaft. Da die Einkommen oft nur saisonal erwirtschaftet werden, kann zudem auch die Zahlungsweise an den lokalen sozio-ökonomische Bedingungen ausgerichtet werden, z.B. statt permanenter Kleinbeiträge auch in Mangelzeiten eine einmalige Zahlung nach der Ernte. Oder man stellt den Eltern frei, Monate später zu zahlen, wenn durch eine Speicherung der Ernte und nach einem Preisanstieg deutlich höhere Erlöse erzielt werden können.

⇒ *Unsere Empfehlung zur Elternmitwirkung (-mitbestimmung) ist, dass diese eine deutlich größere Rolle in den Konzepten um die Implementierung der Schulspeisung spielen sollte. Die Eltern bzw. Großeltern sollten besser über ihre Ziele und den Zweck informiert werden und insbesondere bei Fragen der Mobilisierung von Ressourcen mitbestimmen dürfen.*

4.4.3 Begleitung der Implementierung

Da in vielen Ländern derzeit eine sehr schnelle Ausweitung der Schulspeisung gewünscht und auch seit 2021 praktisch eingeleitet wird, stellt sich die Frage der Begleitung der Implementierung. Weder die nationalen Regierungen noch das WFP haben dazu in der Regel hinreichende eigene Kapazitäten. Daher bedienen sich auch über Äthiopien, Benin oder Kambodscha hinaus viele Länder nationaler und internationaler NROs, die die verschiedenen Akteur*innen ausbilden und die Einrichtung der Küchen und ggf. Kantinen begleiten. In den von uns bearbeiteten Fällen läuft auch zwei oder drei Jahre nach dem Start in vielen Schulen nichts ohne Involvierung solcher NROs. Dies führt zu drei grundsätzlichen Fragen und entsprechenden Antwortversuchen:

I. Lässt sich durch diesen Ansatz Nachhaltigkeit für die Schulspeisung schaffen?

Die Antwort hierzu lautet klar NEIN. Wenn nicht vom ersten Tag an lokale Strukturen, vor allem die kommunalen Verwaltungen wie auch traditionelle Autoritäten in die Verantwortung eingebunden werden, bricht nach dem zwangsläufig irgendwann eintretenden Ende der Finanzierung der NRO-Tätigkeit aller Wahrscheinlichkeit nach das System zusammen. NROs dürfen daher nur kurzzeitig und mit von Anfang an kontinuierlich zurückgehenden Aufgaben beauftragt werden.

II. Welche unterstützenden Organisationen sollten für die Schulspeisung hinzugezogen werden?

Staatliche Verwaltungen wie auch EZ-Organisationen beauftragen unserer Erkenntnis nach sehr oft I-NROs oder deren nationale Ableger, die zur Schulspeisung über die größeren Erfahrungen im Vergleich mit nationalen NROs verfügen (auch wenn ggf. auch nur in der technischen Abwicklung), da sie in der Regel länger im Geschäft sind. Viele nationale NROs stellen zudem nichts anderes als Steuersparmodelle dar, d.h. sie verfügen weder über eigene Finanzierungen noch über Legitimitäten irgendwelcher Art und auch nicht immer über eine fachliche und / oder lokale Kompetenz. Alternative Dienstleister (professionelle Firmen) stehen allerdings überwiegend nicht zur Verfügung. Solange es in vor allem ärmeren Ländern

keine professionellen Beratungsfirmen gibt, wird man bei der Einrichtung der Schulspeisung nicht auf die Beteiligung von NROs bzw. I-NROs verzichten können. Dies kann aber nur eine anfängliche Lösung sein (s. I.).

III. Reichen die Qualifikationen der beauftragten NROs aus?

Auch nach erfolgreichem Training wiesen die Mitarbeiterenden der von uns in den zwei afrikanischen Ländern vorgefundenen NROs nicht immer hinreichende Kompetenz auf. Vor allem bestanden Schwächen bei eigenständigen Reaktionen auf im Schulalltag auftretende Probleme. In Benin wurde z.B. auf den mangelhaften Zustand einiger Küchen nicht reagiert. In Äthiopien traten Probleme bei der Beschaffung und damit unterbrechungslosen Versorgung der Schulen mit Grundnahrungsmitteln auf. Zudem bestanden überall Schwächen im WASH-Bereich. Häufiger Personalwechsel scheint zudem die Wirkungen von Fortbildungsmaßnahmen zu unterlaufen.

⇒ *Wir empfehlen eindringlich, die Beauftragung von NROs mit der Implementierung von Schulspeisung nur nach guter Vorbereitung und auch nur anfänglich vorzunehmen und zeitgleich bestehende staatliche Strukturen auf ihre Verantwortung für die mittelfristige Übernahme zumindest der Koordinierungsverantwortung für die Nahrungsmittelversorgung an den Schulen vorzubereiten.*

4.5 Probleme und Lösungen bei lokaler Beschaffung

Probleme bei der vollständig lokalen Beschaffung sind vor allem (i.) die Nichtverfügbarkeit von benötigten Produkten aus lokaler Erzeugung und (ii.) die (bisher) nicht immer vorliegende ausreichende Qualität einzelner Nahrungsmittel.

Die *Nichtverfügbarkeit bestimmter Nahrungsmittel in einer Gemeinde* ist eine unbestreitbare Tatsache. Alle drei detaillierter untersuchten Länder weisen unterschiedliche Klimazonen auf mit entsprechend zum Teil deutlich anders gelagerter landwirtschaftlicher Produktion und / oder Tierhaltung. In vielen Fällen kann aber der Anbau z.B. von Gemüse neu eingeführt, erweitert bzw. geändert werden. So wird in Kambodscha oft die SSp mit der Förderung von Gemüseanbau verbunden, wobei auch neue Sorten eingeschlossen sind. Generell kann jedoch bei lokaler Beschaffung immer auf nationale Produktion aus anderen Provinzen zurückgegriffen werden.

Abb. 7: Ein solcher Schulgarten eignet sich ganz bestimmt nicht für die Gemüseversorgung einer Schule und sollte lediglich zu Lehrzwecken betrieben werden.



Eine Lösung, fehlende Frischwaren aus der *Produktion in Schulgärten* zu erhalten, ist absolut unrealistisch, da die bisher produzierten Mengen wie auch absehbare Erweiterungen lediglich symbolischen Charakter haben. Ausgenommen ist ggf. der Fall Äthiopien, wo viele Schulen über eigene größere Landflächen verfügen, die mehrere Hektar ausmachen können. Diese werden aber niemals selbst von den schulischen Akteur*innen bestellt, sondern an

Dritte zwecks der Einnahme von Geldern für die Finanzierung der Zusatzeinkäufe für die SSp verpachtet.

⇒ *Wo Schulgärten vorhanden sind, sollten sie primär die Kinder mit der Natur und der Nahrungsmittelproduktion generell vertraut machen. Eine Eigenproduktion zu etablieren, würde aber in den meisten Fällen zu viel des an anderer Stelle benötigten Engagements von Lehrkräften und Eltern binden.*

Das Problem der nicht immer gesicherten Qualität von Lebensmitteln darf im Kontext von Schulspeisung nicht überbewertet werden. Diese macht im Vergleich mit dem gesamten lokalen Konsum nur einen geringen Prozentbruchteil aus. Das weit verbreitete Aflatoxin-Problem (hochtoxischer Schimmelpilzbefall des Getreides) vor allem bei weicheren Maissorten könnte am besten strukturell durch die Rückkehr zum Anbau von erprobten „harten“ Maissorten zumindest für den lokalen Konsum gelöst werden. Mögliche Kontrollen mit moderner Technik (LC/MS-Methoden) sind in den meisten ärmeren Ländern selbst bei zentralem

Abb. 8: Bei den Lebensmittelpaketen in Kambodscha achten mindestens drei Akteur*innen unabhängig voneinander auf die Qualität.



Ankauf von Mais allenfalls stichprobenartig möglich und bei lokaler Beschaffung auch in Zukunft kaum denkbar. Praktisch besteht bei Weizen, Teff oder Reis ein Aflatoxinbefall in deutlich geringerem Umfang. Soweit es z.B. Reis in Kambodscha betrifft, wird von allen Gesprächspartner*innen bestätigt, dass ein Befall mit Aflatoxinen seitens des Handels sofort erkannt würde und deshalb in der Praxis der Beschaffung für Schulen quasi undenkbar sei.

Bei Speiseöl, Salz, getrockneten Hülsenfrüchten und ähnlichen Grundprodukten wird stets auch die lokale Beschaffung auf die regionale und nationale Produktion zurückgreifen müssen. Hiervon kann allerdings der lokale Handel seinerseits in erheblichem Umfang profitieren.

⇒ *Das Qualitätsproblem vor allem bei Grundnahrungsmitteln sollte flexibel je nach Produkt und seinen ausdrücklichen Risiken im jeweiligen Länder- bzw. Regionalkontext behandelt werden. Nur wenn von den für den Schulbedarf bestimmten Lebensmitteln größere Risiken ausgehen als von den gleichen allgemein gehandelten Produkten, sollte die Beschaffung ausnahmsweise zentraler (d.h. auf einer Ebene, die genauere Kontrollen ermöglicht) erfolgen.*

4.6 Gendergerechtigkeit und Schulspeisung

Fast alle uns bekannten Schulspeisungsmodelle leiden darunter, dass Gendergerechtigkeit trotz vielfacher Einforderung auf der Zielebene in der Praxis kaum substanziell gefördert wird. Im Gegenteil tragen einige Praktiken bei der Implementierung dazu bei, dass Mädchen und Frauen zusätzlich benachteiligt werden.

Am meisten trägt die Schulspeisung dadurch zur *Gendergerechtigkeit* bei, dass mehr Mädchen zur Schule gehen und vor allem nicht dem stark verbreiteten Dropout im Verlaufe

des Schulbesuchs unterliegen, sondern zumindest ihren Grundschulabschluss machen (dürfen). Auf eine besonders gute Wirkung auf die schulischen Leistungen von Mädchen im Vergleich zu Jungen wird in unseren Fallstudien wiederholt auch von Lehrkräften und Schulleiter*innen hingewiesen, sie lässt sich empirisch aber nur schwer nachweisen. Vor allem müsste genauer untersucht werden, welchen Anteil die Schulspeisung einerseits und die Förderpolitik der Länder zugunsten des Schulbesuchs von Mädchen andererseits an dem in der Tat deutlich zunehmenden Schulerfolg von Mädchen haben.

Die traditionell verankerten *Geschlechtsrollen* in Haushalt und Schulbetrieb wurden zumindest in den beiden Fallstudien Äthiopien und Benin dagegen kaum aktiv angegriffen. In Kambodscha hingegen konnten wir bereits Veränderungen erkennen. Mädchen müssen vor allem in den meisten afrikanischen Ländern bei der Beschaffung von Wasser die Hauptarbeit leisten, sie tragen das Essen (zusammen mit den Köch*innen) zu den Klassen, sie verteilen das Essen an die jüngeren Kinder, machen den Abwasch, räumen auf usw. Dass es auch anders geht, zeigt das kambodschanische Beispiel, wo Jungen und Mädchen zumeist die gleichen Aufgaben zugewiesen werden.

Ganz besonders belastet und benachteiligt werden *Frauen als Köchinnen*. Die nicht haltbare Ideologie, das Kochen im Kontext von SSp eine soziale und vor allem freiwillige Leistung sein sollte, führt dazu, dass Frauen ganz besonders ausgenutzt werden. Keineswegs nur in Ausnahmefällen führt dies dazu, dass sie wegen der starken Arbeitsbelastung als Köchinnen ihren eigentlichen Erwerbsaufgaben nicht mehr voll nachgehen können, und sogar Einkommenseinbußen erleiden müssen. Hinzu kommt, dass die Arbeitsbedingungen von Köchinnen (und sicher auch Köchen, wo diese aktiv sind) sehr oft schlecht bis geradezu gefährlich sind. Selten werden zudem Köch*innen beim Design von Küchen und verbesserten Herden aktiv beteiligt, mit zum Teil katastrophalem Ergebnis (Beispiel: Rauchvergiftung in gedankenlos errichteten geschlossenen, abzugslosen Küchengebäuden).

Des Weiteren lässt sich für die untersuchten Länder, aber auch für weitere Staaten festhalten, dass Frauen (als Mütter oder Großmütter) sehr wenig in *schulischen Entscheidungsgremien* und damit in Arbeitsgruppen und Komitees aus dem Umfeld der Organisation der Schulspeisung vertreten sind.

Schließlich wurde im Rahmen der INEF-BMZ-Forschung die Bedeutung der *Eigenbeiträge* in Geld und Sachmitteln deutlich, die selbst angesichts geringer und geringster Anteile an den tatsächlichen Kosten für arme Haushalte extrem belastend sein können. Die Bereitstellung von Feuerholz erfolgt in der Praxis ausschließlich durch Frauen, wie auch am Ende sehr oft das Geld – auch, wo von den Geschlechtsrollen her vom Vater aufzubringen – de facto von den Müttern aus ihren zumeist spärlichen Mitteln zu bezahlen ist.

⇒ Um den Effekt der SSp auf mehr Gendergerechtigkeit bei Mädchen abzuklären, müssten detaillierte Untersuchungen auch anhand von statistischem Material durchgeführt werden.

⇒ Besonders wichtig – und schnell umsetzbar – ist die Neudefinition der Rollen von Mädchen und Jungen im Umfeld der Hilfsarbeiten bei der Implementierung von SSp. Eine Trennung der Aufgaben nach Geschlecht muss eingestellt werden. Die neuen Rollenleitbilder müssen allerdings deutlich kommuniziert (d.h. allen Beteiligten erläutert) werden.

⇒ Köchinnen (und Köche) sollten zwingend zumindest für die Kernaufgaben der SSp fair bezahlt werden, wobei nationale Mindestlöhne für wenig qualifizierte Kräfte das absolute Minimum darstellen. Der häufige Hinweis auf die Armut bisher beschäftigter Köch*innen kann diese Forderung nicht entkräften, bedeutete er doch eine zusätzliche Diskriminierung.

⇒ Bei der Planung von Küchen, Kücheneinrichtungen und vor allem energiesparenden Herden sollten Köch*innen zwingend einbezogen werden. Zusätzlich sollten alle nationalen Programme im Rahmen des M+E-Prozesses auch das Küchenpersonal und ihre Arbeitsumstände einbeziehen.

⇒ Zumindest die finanziellen Beiträge der Eltern für die Schulspeisung sollten explizit von den Haushaltsvorständen eingefordert werden, damit die Belastung der hh durch Bereitstellung von Feuerholz und zusätzlich noch Bargeld nicht überwiegend den Müttern aufgelastet wird.

4.7 Energie für Schulküchen und Verfügbarkeit von Trinkwasser

4.7.1 Das Energieproblem nachhaltig angehen

Bisher wird im Rahmen der Schulspeisung bei der Zubereitung des Essens der Energiefrage noch zu wenig Raum gewidmet. Dabei dient hierfür fast überall in afrikanischen Ländern wie auch in Süd-, Südost- und im südlichen Zentralasien Feuerholz als Hauptenergiequelle. Offene Feuerstellen wirken sich negativ auf die Gesundheit der Köch*innen aus. Der Holzbedarf führt ggf. unmittelbar zur Abholzung und hat vor allem dort besonders negative Folgen, wo bereits die Zerstörung von Baumbeständen stark vorangeschritten ist.

Derzeit wird neben der Suche nach alternativen, regenerierbaren Energien vor allem der Einführung verbesserter, d.h. energiesparender Herde Aufmerksamkeit gewidmet, die bis zu 70% des bisher benötigten Feuerholzes einsparen können. Allerdings kommen die Köch*innen oft mit den Herden nicht zurecht, da diese schlecht konstruiert sind, nicht auf die Kochgeräte abgestimmt sind oder auch das Personal nicht mit ihrer Nutzung hinreichend vertraut gemacht wurde.

Auch die Küchen wurden bisher zu oft von wenig fachkundigen Planer*innen konzipiert, so dass sie bei Regen nicht abgeschirmt sind oder als geschlossene Räume keinen Rauchabzug vorsehen und die Gesundheit der Köch*innen erheblich gefährden.

Auch das Problem der Holzbeschaffung selbst wird häufig unterschätzt. Zumeist soll dies von den lokalen Gemeinschaften kostenfrei geliefert werden, was diese in Mangelregionen häufig überfordert. Dabei bleiben erhebliche Kosten an den Schulen hängen, was wiederum die üblicherweise bereits geringen Unterhaltungsbudgets beeinträchtigt. Dort, wo die Holzzufuhr weniger Probleme bereitet, stellt sich aber die Frage, wer ganze oder in Teilen gelieferte Bäume zu nutzbaren, d.h. zu (für die verbesserten Herde zumeist sehr kleinen) Scheiten verarbeitet. Dies wird bisher ggf. Eltern oder den Köch*innen selbst überlassen.

⇒ Bei der Beratung und materiellen Unterstützung von Nationalen Schulspeisungs-Programmen sollte der Energiefrage deutlich mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Tests mit erneuerbaren Energien sind zu unterstützen. Dabei muss aber die Nachhaltigkeit des Betriebs stets mitbedacht werden. Die Schulen dürfen nicht durch die Innovationen überfordert werden.

⇒ Dringend empfohlen wird die Beteiligung der Köch*innen an Designs und praktischer Entwicklung verbesserter Herde und Küchengebäude. Die Umstellung von traditionellen (Drei-Steine-)Kochstellen auf energiesparende Herde sollte enger in Abstimmung mit den Köch*innen erfolgen.

⇒ Die Finanzierung des Brennstoffs für Schulküchen (zumeist Feuerholz) müsste in der Konzeption nationaler Schulspeisungs-Programme deutlich stärker berücksichtigt werden (s. auch 4.7.2 zum Trinkwasser).

4.7.2 Die (erweiterte) Wasserfrage lösen

Dass die gesicherte Bereitstellung von Trinkwasser und letztendlich die Verfügbarkeit des gesamten WASH-Angebots eine essenzielle Voraussetzung für die Etablierung und Aufnahme eines Schul-Kantinenbetriebs ist, wird von den Akteur*innen weltweit betont. Eine

Abb. 9: In Äthiopien stehen nicht einmal überall außerhalb der Schule sichere Wasserquellen zur Verfügung. Hier wird Wasser für ganze Dörfer aus einem Flusstal geschöpft.



Schule mit 500 Kindern benötigt am Tag mindestens 2.500l Wasser, wenn auf ein Kind p.c. /p.d. auch nur 5l gerechnet werden (für den Anteil im Essen, zum Trinken, zum Händewaschen (Abb. 10), den Abwasch von Koch- und Essgeschirr und anteilig auch für die tägliche Latrinenreinigung). In Äthiopien steht in vielen Schulen nicht einmal die Hälfte dieser Wassermenge zur Verfügung und selbst diese muss in Form von 20l-Kanistern einzeln teuer gekauft werden (Abb.9).

speisung auch in allen anderen Sahelländern sowie in den meisten Staaten des westlichen und östlichen Afrikas und einigen Ländern in Asien dar. Obwohl diese Situation bekannt ist, startet ein Schulspeisungsprogramm oft auch dort, wo die Voraussetzungen einer vernünftigen Wasserversorgung nicht

Abb. 10: Auch wegen der gewünschten Wirkungen auf das Hygieneverhalten zu Hause sollten die Kinder hinreichend Wasser für das Händewaschen vor dem Essen zur Verfügung haben. Hier in Äthiopien, wo Wasser oft nur schwer zugänglich ist, ist die einfachste denkbare Lösung ein Becher Wasser pro Kind über die Hände gegossen, gereicht von älteren Schüler*innen.



Das äthiopische Beispiel stellt die Wirklichkeit der Schulspeisung vor Ort mit der Situation folglich deutlich überfordert sind. Beiträge der Eltern und Spenden der Gemeinschaft werden in solchen Fällen auch und vor allem für die Wasserbeschaffung verwendet. Für die Kinder stehen dann lediglich die Grundnahrungsmittel zur Verfügung, z.B. gekochter, reiner Maisschrot mit standardmäßig etwas Öl und drei Gramm Salz.

⇒ Entsprechend wird dringend empfohlen, bei Einbeziehung einer Schule in das Speiseprogramm zunächst die Wasserversorgung nachhaltig sicherzustellen. Nur in Ausnahmefällen und auch zeitlich

begrenzt sollte in Notsituationen (z.B. nach Katastrophenereignissen) eine fehlende Wasserstelle an einer Schule durch einen finanziellen Zuschuss für den Ankauf von Wasser kompensiert werden.

Auch in Kambodscha, wo in allen 28 besuchten Schulen eine Grundversorgung mit Wasser gegeben ist, steht nicht überall wirklich hygienisch einwandfreies Trinkwasser zur Verfügung. Wasserfilter, die aus früheren Projekten stammen, werden nach Auskunft der Schulleitungen nicht permanent ausgetauscht. Generell sollten Wasserfilter stets nur installiert werden, wenn deren sicherer Betrieb garantiert ist.

Über die engere Lösung des Problems der Wasserversorgung hinaus sollte Schulspeisung stets mit einem WASH-Ansatz verbunden werden. Dagegen wurde in Äthiopien und Benin in einigen Fällen auch dort, wo die Wasserfrage gelöst werden konnte, nicht an die Sicherstellung eines geordneten Latrinenbetriebs gedacht. Dies kann vor allem den Schulverbleib von Mädchen beeinträchtigen.

Literaturverzeichnis

- Ariès, Philippe (1960): *L'enfant et la vie familiale sous l'ancien régime*. Paris: Plon.
- AU. African Union (2021): *African Union Biennial Report on Home-Grown School Feeding (2019–2020)*. Addis Ababa.
- Avey, Tori (2015): *The History of School Lunch*. <https://www.pbs.org/food/the-history-kitchen/history-school-lunch/> [12/2023].
- Bekri, Mohammed et al. (2023): *Effect of school feeding program on body mass index of primary school adolescents in Addis Ababa, Ethiopia: A prospective cohort study*. In: *Frontiers in Nutrition* Vol. 9. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC9868593/> [11/2023].
- Bliss, Frank (2017): *Home-Grown School Feeding as a "Good Practice" for Poverty Alleviation and Nutrition Security in Cambodia*. AVE-Study 4/2017. Duisburg: Institute for Development and Peace – INEF.
- Bliss, Frank (2021): *Local Procurement for School Feeding: The Home-Grown School Feeding Programme of the World Food Programme in Cambodia*. In: Swensson, Luana F. J. et al. (eds.): *Public Food Procurement for Sustainable Food Systems and Healthy Diets*. Volume 2. Rome (FAO).
- Bliss, Frank (2023): *Schulspeisung mit lokaler Beschaffung in Kambodscha*. AVE-Studie 36/2023. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, INEF.
- Bliss, Frank / Gutema, Tamene Hailegiorgis (2023): *Schulspeisung mit lokaler Beschaffung in Äthiopien*. AVE-Studie 35/2023. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden – INEF.
- Bryant, Louise Stevens (1912): *The School Feeding Movement*. In: *The Psychological Clinic* 6(2): S. 29–42.
- Cohen, Juliana E.W. et al. (2021): *Universal School Meals and Associations with Student Participation, Attendance, Academic Performance, Diet Quality, Food Security, and Body Mass Index: A Systematic Review*. In: *Nutrients* 13(3): 911. <https://doi.org/10.3390/nu13030911> [9/2023].
- Da Selva, Eliane Alves et al. (2022): *PNAE (National School Feeding Program) and Its Events of Expansive Learnings at Municipal Level*. *World* 3(1): S. 86–111.
- Evans, Martin et al. (2023): *Financing Social Assistance in Lower-Income Countries Post-Covid-19: An Exploration of Realistic Options*. London: ODI Working Paper..
- FAO. Food and Agriculture Organization (2023): *The State of Food Security and Nutrition in the World 2023*. Rome.
- Finch, Alan (2019): *The Provision of School Meals Since 1906: Progress or a Recipe for Disaster?* <https://t1p.de/4szjs> [12/2023].
- Gaensing, Karin et al. (2023): *Schulspeisung in Benin. Akteure, Fortschritte und Herausforderungen*. AVE-Studie 34/2023. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, INEF.
- GCFN. The Global Child Nutrition Foundation (2019): *GCFN Global Survey of School Meal Programs: Kingdom of Cambodia (school year 2017/2018)*. Seattle.

- GCFN. The Global Child Nutrition Foundation (2021): GCFN Global Survey of School Meal Programs: Kingdom of Cambodia (school year 2020-2021). Seattle.
- ILO. International Labour Organization (2014a): World Social Protection Report 2014–15: Building Economic Recovery, Inclusive Development and Social Justice. Geneva.
- ILO. International Labour Organization (2014b): Social Protection Global Policy Trends 2010–2015. Social Protection Policy Papers 12. Geneva.
- Leisering, Lutz (2017): Global Social Security Policy. In: Yeates, Nicola (Hrsg.): Understanding Global Social Policy. S. 319–344. Bristol: Bristol University Press.
- Martens Jens / Obenland, Wolfgang (2015): Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Bonn: Global Policy Forum / Osnabrück: Terre des Hommes e.V.
- School Meals Coalition (o. J.): <https://schoolmealscoalition.org/> [1/2024]
- SDSN. Sustainable Development Solutions Network (2023): Sustainable Development Report 2023. Implementing the SDG Stimulus. Dublin.
- Swensson, Luana F. et al. (2021): Public Food Procurement for Sustainable Food Systems and Healthy Diets. Volume 2. Rome: FAO et al. <https://doi.org/10.4060/cb7969en> [5/2023].
- The Food Historian (2022): World War Wednesday: Hunger Quits School. <https://www.thefoodhistorian.com/blog/world-war-wednesday-hunger-quits-school> [12/2023].
- UNDP. United Nations Development Programme (2022a): Human Development Report 2021–22. Uncertain Times, Unsettled Lives: Shaping Future in a Transforming World. New York.
- UN. United Nations (2015): Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. New York.
- Verguet, Stéphane et al. (2020). The Broader Economic Value of School Feeding Programs in Low- and Middle-Income Countries: Estimating the Multi-Sectoral Returns to Public Health, Human Capital, Social Protection, and the Local Economy. In: *Frontiers in Public Health* 8(Article 587046). <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpubh.2020.587046/full> [12/2023].
- WFP. World Food Programme et al. (2007): INDIA. A Desk Review of the Mid-Day Meals Programme. July 2007.
- WFP. World Food Programme et al. (2018): Home-Grown School Feeding. Resource Framework. Technical Document. Rome.
- WFP. World Food Programme (2020): A Chance for Every Schoolchild. Partnering to Scale Up School Health and Nutrition for Human Capital. WFP School Feeding Strategy 2020–2023. Rome.
- WFP. World Food Programme (2021): State of School Feeding Worldwide 2020. Rome.
- WFP. World Food Programme (2022a): Introduction à l'analyse „Comblent le déficit en nutriments“. Rome.
- WFP. World Food Programme (2022b): State of School Feeding Worldwide 2022. Rome.

Bislang in der Reihe erschienen:

AVE-Studie 1/2017	Mahla, Anika / Bliss, Frank / Gaesing, Karin: Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit. Begriffe, Dimensionen, Verbreitung und Zusammenhänge
AVE-Studie 2/2017	Bliss, Frank / Gaesing, Karin / Mahla, Anika: Die Verstetigung von Armut in Entwicklungsländern. Ursachenanalyse und Gegenstrategien
AVE-Studie 3/2017	Hennecke, Rosa / Schell, Oliver / Bliss, Frank: Landsicherheit zur Überlebenssicherung. Eine Studie zum Kommunalen Landtitelprogramm für indigene Bevölkerungsgruppen in Kambodscha
AVE-Studie 4/2017	Bliss, Frank: Home-Grown School Feeding as a "Good Practice" for Poverty Alleviation and Nutrition Security in Cambodia
AVE-Studie 5/2017	Heinz, Marco: Benachteiligte Gruppen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit
AVE-Studie 6/2017	Mahla, Anika / Gaesing, Karin: Der Selbsthilfegruppen-Ansatz am Beispiel von Kitui in Kenia. Armutsbekämpfung durch Empowerment
AVE-Studie 7/2017	Hennecke, Rosa / Bliss, Frank / Schell, Oliver: Landzuteilung für die Ärmsten. Untersuchungen zu Sozialen Landkonzessionen in Kambodscha
AVE-Studie 7b/2017	Hennecke, Rosa / Bliss, Frank / Schell, Oliver: Land Allocation for the Poorest. Investigations into Social Land Concessions in Cambodia
AVE-Studie 8/2018	Mahla, Anika / Gaesing, Karin / Bliss, Frank: Ernährungssicherung: Eine entwicklungspolitische Bewertung ausgewählter Handlungsfelder
AVE-Studie 9/2018	Bliss, Frank / Hennecke, Rosa: Wer sind die Ärmsten im Dorf? Mit dem ID Poor-Ansatz werden die Armen in Kambodscha partizipativ und transparent identifiziert
AVE-Studie 10/2018	Gaesing, Karin / Mahla, Anika: Hunger Safety Net Programme. Soziale Sicherung in Turkana County im Norden Kenias
AVE-Studie 11/2018	Bliss, Frank: Gesundheitsfürsorge für die Ärmsten: Der „Health Equity Fund“ (HEF) in Kambodscha
AVE-Studie 12/2019	Mahla, Anika: Förderung von Agropastoralismus. Armuts- und Hungerbekämpfung durch integrierte ländliche Entwicklung in Samburu/Kenia
AVE-Studie 12b/2019	Mahla, Anika: Promotion of Agropastoralism. Combating poverty and hunger through integrated rural development in Samburu, Kenya

AVE-Studie 13/2019	Gaensing, Karin / Gutema, Tamene Hailegiorgis: Bodenfruchtbarkeit und Ernährungssicherheit in der Amhara Region in Äthiopien
AVE-Studie 14/2019	Bliss, Frank: Zum Beispiel Soja. Eine erfolgreiche Wertschöpfungskette im westafrikanischen Benin
AVE-Studie 15/2018	Heinz, Marco: Verstetigte Armut als Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit. Gibt es eine Kultur der Armut?
AVE-Studie 16/2019	Bliss, Frank: Soziale Sicherung in Dürregebieten in Äthiopien durch das Productive Safety Net Programme (PSNP)
AVE-Studie 17/2019	Gaensing, Karin / Bliss, Frank: Entwicklung, Landrecht, Gender und Bodenfruchtbarkeit in Benin
AVE-Studie 18/2019	Gaensing, Karin / Gutema, Tamene Hailegiorgis: Reduzierung der Vulnerabilität durch nachhaltiges Ressourcenmanagement: Das Sustainable Land Management Project (SLMP) in Äthiopien
AVE-Studie 19/2019	Herold, Jana: Improving Smallholders' Food Security and Resilience to Climate Change: The Building Resilience and Adaptation to Climate Extremes and Disasters (BRACED) Programme in Burkina Faso
AVE-Studie 20/2019	Gaensing, Karin / Agbobatinkpo-Dahoun, Candide: Förderung der Bewässerung im Tal des Flusses Ouémé in Benin
AVE-Studie 21/2019	Herold, Jana: Förderung der Reisproduktion durch die Inwertsetzung von Talauen in Burkina Faso
AVE-Studie 22/2020	Gaensing, Karin: Zugang zu Land und Sicherung von Landrechten in der Entwicklungszusammenarbeit. Analysen und Empfehlungen
AVE-Studie 22b/2020	Gaensing, Karin: Access to Land and Securing of Land Rights in Development Cooperation. Analyses and Recommendations
AVE-Studie 23/2020	Herold, Jana: Landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten in der Entwicklungszusammenarbeit. Analysen und Empfehlungen
AVE-Studie 23b/2020	Herold, Jana: Agricultural Value Chains in Development Cooperation. Analyses and Recommendations
AVE-Studie 24/2020	Bliss, Frank: Soziale Sicherungssysteme als unverzichtbarer Beitrag zur Bekämpfung von extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit. Analysen und Empfehlungen

AVE-Studie 25/2020	Bliss, Frank: Soziokulturelle Aspekte von Entwicklung, Partizipation und Gender. Analysen und Empfehlungen
AVE-Studie 02/2021	Bliss, Frank / Gaesing, Karin / Mahla, Anika: Die Verstetigung von Armut in Entwicklungsländern (2. aktual. Auflage)
AVE-Studie 02b/2021	Bliss, Frank / Gaesing, Karin / Mahla, Anika: The Perpetuation of Poverty in Developing Countries (2nd updated edition 2021)
AVE-Studie 26/2022	Rieber, Arne / Bliss, Frank / Gaesing, Karin: Nachhaltige finanzielle Inklusion im ländlichen Raum
AVE-Studie 26b/2022	Rieber, Arne / Bliss, Frank / Gaesing, Karin: Sustainable Financial Inclusion in the Rural Area
AVE-Studie 27/2022	Rieber, Arne / Kiplagat, Andrew / Gaesing, Karin: Sozialunternehmen in der Landwirtschaftsförderung – Das One Acre Fund Modell in Kenia
AVE-Studie 27b/2022	Rieber, Arne / Kiplagat, Andrew / Gaesing, Karin: Social Enterprises in Agricultural Promotion – The One Acre Fund Model in Kenya
AVE-Studie 28/2022	Gaesing, Karin / Koumaré, Mamadou / Koné, Yacouba / Rieber, Arne: Sozialunternehmen in der kleinbäuerlichen Landwirtschaftsförderung – Das myAgro Modell in Mali
AVE-Studie 28b/2022	Gaesing, Karin / Koumaré, Mamadou / Koné, Yacouba / Rieber, Arne: L'entreprise sociale dans la promotion de l'agriculture paysanne: le modèle myAgro au Mali
AVE-Studie 29/2022	Bliss, Frank: Ganzheitliche Landwirtschaftsförderung in Madagaskar. Ein Fallbeispiel aus der deutschen Technischen Zusammenarbeit
AVE-Studie 30/2022	Bliss, Frank: „Mikro“finanzierung in Kambodscha: Entwicklungen, Herausforderungen und Empfehlungen
AVE-Studie 30b/2022	Bliss, Frank: "Micro" Finance in Cambodia: Development, Challenges and Recommendations
AVE Studie 31/2022	Rieber, Arne / Okech, Moses: Der Nexus Formalisierung von Landrechten und Zugang zu Finanzdienstleistungen – Private Mailo und traditionelle Landrechte in Uganda
AVE-Studie 31b/2022	Rieber, Arne / Okech, Moses: The nexus between formalisation of land rights and access to financial services – Private mailo and traditional land rights in Uganda
AVE-Studie 32/2023	Bliss, Frank: Mikrofinanzierung in Usbekistan. Das Länderprogramm der deutschen Sparkassenstiftung

AVE-Studie 33/2023	Gaensing, Karin / Bliss, Frank / Agbobatinkpo-Dahoun, Candide / Dahoun, Maxime: Die Situation der Agrarfinanzierung in Benin. Bedarf, Herausforderungen und Akteure
AVE-Studie 33b/2023	Gaensing, Karin / Bliss, Frank / Agbobatinkpo-Dahoun, Candide / Dahoun, Maxime: 'Un bilan du financement agricole au Bénin. Besoins, défis et acteurs
AVE-Studie 34/2023	Gaensing, Karin / Bliss, Frank / Agbobatinkpo-Dahoun, Candide / Dahoun, Maxime: Schulspeisung in Benin. Akteure, Fortschritte und Herausforderungen
AVE-Studie 34b/2023	Gaensing, Karin / Bliss, Frank / Agbobatinkpo-Dahoun, Candide / Dahoun, Maxime: L'alimentation scolaire au Bénin. Acteurs, progrès et défis
AVE-Studie 34c/2023	Gaensing, Karin / Bliss, Frank / Agbobatinkpo-Dahoun, Candide / Dahoun, Maxime: School feeding in Benin. Actors, progress and challenges
AVE-Studie 35/2023	Bliss, Frank / Gutema, Tamene Hailegiorgis: Schulspeisung mit lokaler Beschaffung in Äthiopien
AVE-Studie 35b/2023	Bliss, Frank / Gutema, Tamene Hailegiorgis: School Feeding With Local Procurement in Ethiopia
AVE-Studie 36/2024	Bliss, Frank: Schulspeisung mit lokaler Beschaffung in Kambodscha
AVE-Studie 36b/2024	Bliss, Frank: School Meals with Local Procurement in Cambodia

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)

Das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) ist eine Forschungseinrichtung der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen am Campus Duisburg und verbindet wissenschaftliche Grundlagenforschung mit anwendungsorientierter Forschung und Politikberatung an der Schnittstelle von Entwicklungs- und Friedensforschung. Eingerichtet wurde das INEF im Jahr 1990 unter anderem zur wissenschaftlichen Begleitung der Arbeit der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn, welche bereits 1986 auf Initiative Willy Brandts gegründet wurde und noch heute einer unserer engsten Kooperationspartner ist.

Die Arbeiten des INEF beschäftigen sich mit Globalisierungsprozessen und deren politischer Gestaltung vor allem mit Blick auf die Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals, SDGs). Das Spektrum unserer Forschungen umfasst Projekte zu Fragen der menschenrechtlichen Verantwortung der Wirtschaft, der Ausgestaltung einer künftigen nachhaltigen Entwicklungsagenda, die Untersuchung von Transformations- und Demokratisierungsprozessen und die Beschäftigung mit gewaltfreien Formen der Konfliktlösung.

Leitung und Vorstand

Direktor: Prof. Dr. Christof Hartmann
Wissenschaftliche Geschäftsführerin: Dr. Cornelia Ulbert

Vorstand: Prof. Dr. Christof Hartmann (Sprecher), Prof. Dr. Tobias Debiel (stellv. Sprecher), Prof. Dr. Petra Stein (Dekanin der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften), Prof. Dr. Dr. Nele Noesselt, Jannis Saalfeld, Ursula Schürmann, Mika Ache.